

betreffend gewalttätigste Stadt der Schweiz – was unternimmt der Regierungsrat gegen die desolante Basler Sicherheitslage?

Wie schon in den vergangenen Jahren war Basel-Stadt auch im 2022 gemäss Kriminalstatistik an der Spitze. Basel ist und bleibt die gewalttätigste Stadt der Schweiz. Die Zustände haben sich gar verschlimmert. Die Statistik zeigt, dass v.a. Gewaltdelikte stark zugenommen haben.

Besonders stark ist die Zunahme bei den tätlichen Auseinandersetzungen und Angriffen. Eine deutliche Steigerung (+ 40%) musste bei den angezeigten Sexualdelikten zur Kenntnis genommen werden. Es ist ein deutlich steilerer Anstieg als im Rest der Schweiz verzeichnet worden. Besorgniserregend ist zudem, dass im Bereich der Jugendkriminalität bei nahezu allen möglichen Delikten eine Zunahme zu verzeichnen ist.

Die Sicherheitslage im Kanton ist nicht erst seit gestern desolat. Leider hat die Regierung bis dato wenig unternommen, um die Sicherheitslage zu verbessern. Dies ist auch nicht weiter erstaunlich, schliesslich scheint das Thema «Sicherheit» dem Regierungsrat insgesamt zu unwichtig, da Sicherheit nicht einmal im Legislaturplan festgehalten und somit wohl auch kein Schwerpunkt ist – obschon Sicherheit Kernaufgabe des Staates ist.

Bürgerinnen und Bürger haben ein Anrecht darauf, sich sicher zu fühlen. Beides ist heute nicht mehr der Fall, weshalb viele Menschen die Stadt meiden oder sich unwohl fühlen, allein unterwegs zu sein.

Der Kantonspolizei kann in diesem Zusammenhang kein Vorwurf gemacht werden. Sie setzt um, was ihr die Regierung vorgibt resp. was ihr an Mittel zugestanden wird. Entsprechend ist es Aufgabe von Regierung und Parlament die Polizei so auszustatten, dass sie dem gesetzlichen Auftrag ausreichend nachkommen kann.

Die Regierung hat bis dato auf ein Ultimatum der SVP zur Verbesserung der Sicherheitslage nicht reagiert. Die gesetzte Frist läuft am 31. Juli 2023 ab. Ein Massnahmenpaket, mit Ausnahme einer temporären Arbeitsmarktzulage für Polizisten, liegt weiterhin nicht vor.

Ich bitte den Regierungsrat daher um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wird angesichts der desolaten Sicherheitslage bis zum 31. Juli 2023 ein umfassendes Massnahmenpaket vorgelegt? Falls nein, weshalb nicht?
2. Plant der Regierungsrat zur Verbesserung der Sicherheitslage eine Aufstockung des Korps?
3. Ist er nicht auch der Ansicht, dass angesichts der Wichtigkeit der öffentlichen Sicherheit (zusätzliche) finanzielle Mittel für die Polizei innerhalb des Kantons priorisiert werden müssten und Vorrang haben?
4. Ist er in diesem Kontext bereit, allenfalls andere, weniger bedeutsame, Aufgaben – wie bspw. die Schaffung neuer Stellen für Obstberatungen, Gender-Themen und andere staatliche Umerziehungsmassnahmen – zurückzustellen, damit ausreichend Mittel für die Polizei zur Verfügung stehen?
5. Wird eine sichtbare Verstärkung der Polizeipräsenz im öffentlichen Raum geprüft? Falls nein, weshalb nicht?
6. Wird derzeit die Errichtung temporärer Videoüberwachungsstellen an bekannten «Kriminalitätshotspots» geprüft? Falls nein, weshalb nicht?
7. Wird derzeit geprüft, ob die bekannten sicherheitskritischen Orte besser beleuchtet werden können? Falls nein, weshalb nicht?
8. Welche freien polizeilichen Tätigkeiten (bspw. Parkbussen, Geschwindigkeitskontrollen etc.) können eingeschränkt werden, um den Kernauftrag zu stärken?

Die Zahlen belegen, dass 2/3 aller Gewaltdelikte von Ausländern und Asylbewerbern begangen werden.

9. Wie setzt sich der Regierungsrat beim Bund dafür ein, dass kriminelle Ausländer und Asylbewerber konsequent ausgeschafft werden?

10. Welche weiteren Massnahmen werden vom Regierungsrat beim Bund einverlangt, um die grenzüberschreitende Kriminalität im Raum Basel zu reduzieren und unsere Grenzen vor Illegalen besser zu schützen?

Joël Thüring